

# Schwindende Risikobereitschaft

Autor(en): **Geyer, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **40 (1960-1961)**

Heft 11

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161135>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Schwindende Risikobereitschaft?

ERNST GEYER

Bundesrat *Bourgknecht*, der neue Chef des Eidg. Finanz- und Zolldepartements, der offenbar gewillt ist, die Zügel straff zu führen, hat sich wiederholt sehr kritisch über die Mentalität geäußert, zwar die Vorteile der guten Konjunktur genießen, die wirtschaftlichen Risiken aber mehr und mehr dem Staat aufladen zu wollen. Seine Rede an der 1.-Augustfeier in Genf erregte im ganzen Lande Aufmerksamkeit. Bundesrat Bourgknecht führte dort unter anderm aus: «L'initiative privée paraît craindre les responsabilités et fuir les risques qui justifient les profits qu'elle est en droit de réaliser. On exige de plus en plus des collectivités quitte à les contraindre à sortir du cadre de leurs attributions naturelles. Prenons garde s'il en est encore temps! On ne saurait impunément persévérer dans la voie qui consiste à conserver pour soi qui est bénéfique et à faire supporter les pertes par la communauté.»

Richteten sich diese Ausführungen offenbar an die Privatwirtschaft, so zielte die weitere Kritik Bundesrat Bourgknechts sichtlich auf jene Autoverbände, die zwar seit Jahren nicht laut genug nach Autostraßen rufen konnten, heute aber den ihnen zugedachten Treibstoffzollzuschlag zu hoch finden: «Les plus démagogues pensent avoir trouvé une solution plus simple: l'Etat, disent-ils, n'a qu'à exploiter son crédit et à emprunter. Pour eux, l'endettement auquel les générations futures devront faire face devrait dispenser la génération actuelle d'un sacrifice proportionné aux nécessités.»

Bundesrat Bourgknecht äußerte sich aber auch zu gewissen Erscheinungen im politischen Bereich. Mit Bezug auf den föderalistischen Aufbau unseres Landes führte er aus: «Je dois constater, à regret, qu'il est, aujourd'hui, sérieusement menacé; grignoté qu'il fut, année après année, par ceux-là même souvent qui croyaient en être les champions. Les positions que des controverses idéologiques n'avaient pu ébranler ont été fortement entamées par le recours aux subventions fédérales.»

Auch bei andern Gelegenheiten gab Bundesrat Bourgknecht seiner Sorge über die Entwicklung Ausdruck. Am kürzlichen Parteitag der Konservativ-christlichsozialen Partei der Schweiz in Solothurn erklärte er, die föderalistische Struktur der Schweiz sei schwer gefährdet. Bei jeder Gelegenheit werde der Bund, oft ohne Anlaß, um finanzielle Intervention angegangen. Er belegte seine Ausführungen mit eindrucklichen Zahlen: 1955 hätten die Ausgaben des Bundes noch unter 2 Milliarden gelegen, für 1961 seien sie auf mehr als 3 Mil-

liarden veranschlagt. Und anlässlich der Beratung des Voranschlages des Bundes für 1961 im Nationalrat führte er aus, die Verstaatlichung des Risikos und die Individualisierung der Gewinne schienen das Motto der Entwicklung zu sein.

Das schwindelerregende Tempo der Ausgabensteigerung beim Bund und die vom Bekenntnis zu einem echten Föderalismus getragenen Warnungen des Finanzministers legen es nahe, seiner Kritik alle Aufmerksamkeit zu schenken. Ist sie begründet?

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, so kann man in Industrie und Handel kaum eine abnehmende Bereitschaft zum Risiko feststellen. Wohl erleichtert die seit Kriegsende fast stets herrschende gute Konjunktur Entschlüsse und Erfolg. Allein ohne Risikofreude wäre der wirtschaftliche Aufschwung unseres Landes trotzdem nicht zu erklären. Die Zahl der Bewilligungen für den Bau und die Erweiterungen von Fabriken ist größer als je. Die Beschäftigung der Maschinen- und Apparateindustrie bis zur letzten Kapazitätsreserve spricht so gut für die lebhafte Investitionstätigkeit wie die hohe Einfuhr von Produktionsmitteln aller Art. Der industriellen Forschung und dem Versuchswesen werden große Mittel zugewandt. Die Aktivität der Unternehmungen in Handel, Industrie und Gewerbe ist weit über den Spielraum unserer eigenen Arbeitskräfte hinaus gewachsen.

Als das Volk vor 10 Jahren die weitere Subventionierung des Wohnungsbaues durch den Bund ablehnte, fürchteten viele einen Stillstand des Wohnungsbaues und große Wohnungsnot. In der Tat stellten die Baugenossenschaften, vor allem die größten, ihre Arbeit mehr oder weniger ein. Die Privatwirtschaft sprang indessen in die Lücke. In den nachfolgenden Jahren wurde mehr gebaut als je. In energischer Anpassung an die Verhältnisse wurden Baumethoden und Pläne modernisiert und der Ausfall der Subvention wett gemacht. Das Baugewerbe leistete Bedeutendes in der Rationalisierung und ist eines der am besten maschinell ausgestatteten der Welt. An Voraussicht ließ man es nicht fehlen. Der Kraftwerkbau ist dem schnell steigenden Bedarf im gleichen oder noch rascherem Tempo vorangegangen.

Staatsschutz und staatliche Hilfe wurden für Handel und Industrie seit dem Krieg nicht ausgebaut. Es zeigt sich heute, daß der neue Zolltarif nur zu einer unwesentlich stärkeren Schutzwirkung geführt hat. Im Hinblick auf kommende Verhandlungen, vor allem mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sind die Verhandlungsmargen sehr bescheiden. Ein anderweitiger Importschutz besteht nicht. Auch die Subventionen wurden nicht erhöht.

Gelegentlich wird in der Exportrisikogarantie des Bundes eine Art Subventionierung gesehen, aber zu Unrecht. Gewiß ist sie vor allem für die Ausfuhr von Investitionsgütern, die meist ratenweise und oft erst im Laufe von Jahren bezahlt werden, eine überaus wertvolle Hilfe. Aber den Bund hat sie bis heute nichts gekostet. Die bezahlten Prämien reichten aus, um alle Zahlun-

gen zu decken und außerdem eine ansehnliche Reserve zu schaffen. Der Bund gab bisher nicht Geld, sondern nur die Einrichtung, die Verteilung der politischen Risiken, die unberechenbar und daher für ein privates Unternehmen unheimlich und oft untragbar sind, auf viele Schultern. Da sich politische Risiken ihrer Natur nach nicht vorausberechnen lassen, besteht zwar keine Sicherheit, daß nicht auch einmal die Ausgaben die Einnahmen übersteigen könnten. Diese in der Natur der Sache liegende Eigenschaft ändert aber nichts daran, daß die Exportrisikogarantie bisher selbsttragend war und die Privatwirtschaft gewillt ist, sie auch in Zukunft wo immer möglich selbsttragend zu belassen.

Eine Deckungsmöglichkeit für die Risiken von Investitionen in Entwicklungsländern zu schaffen, ist ein Begehren der neuesten Zeit, geboren aus den heutigen Verhältnissen. Aber auch da wird nach einer selbsttragenden Lösung gesucht.

Als Beispiel, wo die Privatwirtschaft die Bundeshilfe angestrebt und erhalten habe, wird gelegentlich das Gebiet der Atomenergie genannt. Hier ist aber eine differenzierte Betrachtung nötig. Schwerlich ist außer der Schweiz ein Land zu finden, in dem die Privatwirtschaft mit der Erstellung eines Reaktors die Initiative zur Aufnahme der Grundlagenforschung und Ausbildung der Wissenschaftler ergriffen hat. Überall sonst hat man dies als Aufgabe des Staates betrachtet. In der Schweiz aber hat die Privatwirtschaft, als sie die Aufgabe nicht mehr selber zu tragen vermochte, dem Bund wertvolle Vorleistungen erbracht. Beim Bau von Leistungsreaktoren liegen die Dinge so, daß sie im Ausland sehr weitgehend zulasten der Aufwendungen für die Landesverteidigung finanziert werden. Man benötigt spaltbares Material für die Waffenproduktion. Die nutzbare Energie, die dabei anfällt, ist ein Nebenprodukt, bei dem die Kosten kaum eine Rolle spielen. Heute ist es so, daß noch kein Reaktortyp existiert, der Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen liefert. Viele konstruktive Fragen sind noch ungeklärt. Wäre nicht das vordringliche militärische Interesse, so gingen die Forschung und das Versuchswesen auch im Ausland viel langsamer und mit viel geringerem Aufwand vor sich, in einer Weise, daß die Privatwirtschaft sie zu tragen vermöchte. So aber hat die Industrie im Ausland, vor allem die der Kraftmaschinen, eine vom Staat geschaffene Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln. In der heutigen Übergangsperiode kann deshalb nur staatliche Hilfe der schweizerischen Industrie die gleiche Möglichkeit verschaffen, wobei es sich um eine in der Zukunft höchst wichtige und außerdem im bisherigen Arbeitsbereich der schweizerischen Maschinenindustrie liegende Tätigkeit handelt. Die Überbrückung geschieht auch im Ausland überall durch den Staat, was uns bei Strafe, in unheilbaren Rückstand zu kommen, zu ähnlichem Verhalten zwingt. Stehen wir aber einmal im wirtschaftlichen Atomzeitalter, das heißt gibt es einmal Reaktoren, die wettbewerbsfähige Kernenergie zu friedlichen Zwecken liefern, so sollte die Übergangsphase ihren Abschluß finden und die Unterstützung durch den Bund

ein Ende nehmen. — Es sei hier auch erwähnt, daß schwerlich in einem andern Land die Luftfahrt, als sie in einer Entwicklungskrise stand, so weitgehend von der Privatwirtschaft getragen worden ist wie in der Schweiz.

Daß Handel und Industrie — und es darf gesagt werden heute auch das Gewerbe — seit Kriegsende vom Staat sonst weder mehr Protektion noch mehr Geld verlangten und erhielten, ist nicht Produkt des Zufalls, sondern deckt sich mit der grundsätzlichen Einstellung dieser Kreise. Es darf daran erinnert werden, daß die vor dem Krieg im Rahmen der neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung vorgesehene Allgemeinverbindlicherklärung von Verbandsbeschlüssen den ersten und entschiedensten Widerstand in den Kreisen der Privatwirtschaft fand. Oft ist übersehen worden, daß die Uhrenindustrie, für die eine Sondergesetzgebung besteht, keinerlei Importschutz vor der ausländischen Konkurrenz genießt, und daß sich die Vorschriften auf andere Belange beschränken. Anlässlich der Revision des Uhrenstatuts wird ferner, mit Zustimmung der Uhrenindustrie, ein weitgehender Abbau der Vorschriften erfolgen. Es sei ferner erwähnt, daß diejenigen Kreise von Handel und Industrie, die sich grundsätzlich gegen den Beitritt der Schweiz zur EFTA wandten, Ausnahmen darstellten. Dabei kann niemand verborgen sein, daß die wirtschaftliche Integration viele Unternehmungen und Branchen zu weitreichenden Anpassungen zwingen wird.

Von der Landwirtschaft zu sprechen, wo die Dinge weitgehend anders liegen, würde in diesem Zusammenhang zu weit führen. Wohl aber darf im Blick auf Handel und Industrie gesagt werden, daß der Ruf nach Staatshilfe kaum je ertönt und daß, seit die Krisenzeit vorbei ist, schwerlich Fälle genannt werden könnten, da die Vorteile der freien Wirtschaft gern genossen und die Gewinne eingeheimst, die Verluste aber der öffentlichen Hand zugehalten werden wollten. Im Gegenteil ist es die bewußte und gewollte Politik von Handel und Industrie, auf die eigene Kraft zu bauen.

Anders liegen die Dinge in andern Bereichen. Der Unmut des Finanzministers darüber, daß zwar mit großem Stimmufwand ein rascher Ausbau der Nationalstraßen gefordert wird, einzelne Verbände aber in die Opposition abschwanken, wenn es ans Zahlen geht, ist mehr als verständlich. Heute schon läßt sich ja mit ziemlicher Sicherheit voraussehen, wo recht bald eine Erweiterung des heutigen Bauprogramms nötig sein wird: Umfahrungsstraßen um die großen Städte werden zu erstellen sein, sobald einmal die innerstädtischen Expresstraßen nicht mehr genügen; «halbe» zweispurige wird man zu «ganzen» vierspurigen Autobahnen ausbauen müssen; ein Straßentunnel durch den Gotthard wird wohl auch relativ früh fällig. Hier allerdings hat es der Bundesrat in der Hand, das Gleichgewicht zu wahren, da er ja über das Tempo des Ausbaues entscheiden wird und es den vorhandenen Mitteln anpassen kann.

Leider ist auch die Kritik an der Manie, dem Bund immer größere öffentliche Lasten aufzuerlegen, begründet. Ein klassisches Beispiel stellt das Pro-



blem der Maßnahmen gegen die Gewässerverschmutzung dar. Hier handelt es sich offenkundig um eine Aufgabe der lokalen Gebilde, Gemeinden und Kantone. Sie sind es, die sich um die Wasserversorgung zu kümmern haben, und es liegt auf der Hand, daß derjenige, der für die Deckung des Wasserbedarfes zu sorgen hat, sich auch um seine Reinhaltung bemühen soll. In der Erhebung von Anschlußgebühren an die Kanalisation und entsprechenden Wasserzinsen liegt die natürliche Deckung des Aufwandes, die es erlaubt, den durch Steuermittel zu finanzierenden Anteil in erträglicher Höhe zu halten. Die Aufgabe des Bundes kann es nur sein, zu koordinieren, für die Forschung und Planung zu sorgen und allenfalls in extrem gelagerten Ausnahmefällen einzuspringen, wie es im geltenden Gesetz auch geregelt ist. Allein, immer wieder erleben wir Vorstöße zugunsten einer generellen Subventionierung aller Anlagen zur Gewässerreinigung durch den Bund, die weder nötig noch sachlich und im Hinblick auf eine natürliche Aufgabenteilung gegeben ist.

Wenig Beachtung finden die Grundsätze, die der Chef des Finanzdepartementes vertritt, in andern Departementen. Zur Zeit steht die fünfte Revision der AHV in Vorbereitung. Diese selber ist unbestritten. Von den drei auf Grund der technischen Bilanz ausgearbeiteten Varianten gab die AHV-Kommission der mittleren den Vorzug. Das Departement arbeitete aber sehr entschieden auf die teuerste hin. Es wurde eine neue Sitzung der Kommission einberufen, an der dann mit Stichentscheid des Präsidenten, des Vorstehers des Bundesamtes für Sozialversicherung, die teuerste Variante empfohlen wurde. Die Folge dieses unter massivem Druck zustande gekommenen Beschlusses war ein weiterer Antrag, die Beiträge der öffentlichen Hand ab 1978 über die bereits gesetzlich festgelegten 350 Millionen hinaus zu erhöhen. Die Frage der Deckung des Bundesanteils indessen und der Lastenverteilung zwischen Bund und Kantonen soll offen gelassen werden. Man will einen Vorgriff auf die Zukunft tun, die Sorge für die künftige Mittelbeschaffung aber Spätern überlassen.

Auch in mehr oder weniger laufenden Geschäften üben die konjunkturbedingt hohen Bundeseinnahmen eine faszinierende Wirkung aus. Die Stimmung ist weitverbreitet, es sei Geld in der Kasse, weshalb man es holen müsse. Die von den Räten beschlossenen hohen Subventionssätze für die neue Juragewässerserkorrektion könnten sehr leicht zur Folge haben, daß sich das Niveau der Bundessubventionen für derlei Werke dauernd gegenüber dem bisher üblichen erhöht.

Bundesrat Bourgknecht hat bei anderer Gelegenheit — in einer Unterredung mit einem Korrespondenten der «Gazette de Lausanne» — neue Methoden der Budgetierung angekündigt. Bislang habe man teils aus Zeitmangel bereits bestehende Ausgaben als tabu betrachtet und nur die Begehren um Erhöhung diskutiert. Das müsse aufhören. Er werde veranlassen, daß auch die bisherigen Aufwendungen überprüft würden. Mit dieser Methode sollte in der Tat etwas

herauszuholen sein. Manche Verwaltungsstellen betrachten es als ihre heilige Pflicht, die budgetierten Beträge auch wirklich auszugeben, auch wenn dies gegen Ende des Jahres zu einem Wettlauf mit der Zeit zwingt. Bis hinunter in die Gemeinden kann man dies feststellen. Auch unser Hang zur Qualität spielt uns gelegentlich einen Streich. Er verführt uns dann und wann zu einem Perfektionismus, dessen Kosten übermäßig sind und sich nicht mehr rechtfertigen. Es gibt beispielsweise etliche Fälle von Güterzusammenlegungen, bei denen die Nachsuche nach Möglichkeiten der Einsparung und Vereinfachung, erzwungen durch die Weigerung der Bauern, einen allzu hohen Kostenanteil zu tragen, verblüffend erfolgreich war. Durch Maßnahmen wie eine kräftige Verminderung der Zahl der Bonitierungen (Feststellung der Bodeneigenschaften als Grundlage für die Neuzuteilungen), den Verzicht auf die Trockenlegung des letzten Quadratmeters Sumpf und eine gewisse Beschränkung im Bau neuer Wege sind Kostensenkungen bis zu 50% erzielt worden, ohne daß der wirtschaftliche Nutzen der Zusammenlegung nennenswert geringer ausfiel. Hier und anderwärts würden sich Überprüfungen lohnen.

Sie sollten aber über die bloßen Budgetposten hinaus erstreckt werden. Auch die gesetzlichen Vorschriften veralten. Manche von ihnen könnten mit der Wirkung geringern Aufwandes abgeändert werden. Hier sei als Beispiel das Alkoholgesetz genannt, das teils wegen seiner veralteten Bestimmungen, teils wegen seiner allzu routinemäßigen und gedankenlosen Anwendung aufgehört hat, genügend im Sinne einer Anpassung des Obstbaues an die heutigen Bedürfnisse zu wirken. Der Bund mahnt und zahlt, und wenn die Mahnungen unbeachtet bleiben, zahlt er eisern weiter, ohne für die Behebung überlebter Zustände Fristen zu setzen oder sonstwie Maßnahmen zu ergreifen, die zeigen würden, daß seine Geduld nicht ewig ist. Aber die Tatsache, die alarmieren sollte, daß 1960 von der Ernte an Mostbirnen nur 20% zu Getränken verarbeitet werden konnten, während 80% mit unerhörten Kosten gebrannt werden mußten, stößt auf unerschütterliche Gelassenheit. Hier und in ähnlichen Fällen sollte endlich durchgegriffen werden. Bei all dem ist die Alkoholverwaltung noch betont lieb Kind im Departement. Sie erhält alljährlich aus der Bundeskasse, also vom Steuerzahler, eine Subvention von mehreren Millionen unter dem Titel eines kriegsvorsorglichen Mehranbaues von Kartoffeln, obwohl es diesen Mehranbau seit Jahren nicht mehr gibt. Sie vermag aber damit ihre Rechnung «schöner» zu gestalten, mehr Überschuß zu verteilen und sich so besser aus der Schußlinie einer Kritik zu halten, von der sie nicht verschont werden dürfte.

Man gibt sich auch zu wenig Rechenschaft, daß das bloße Arbeiten der Gesetzgebungsmaschine — und sie läuft seit Jahren schnell, siehe den enormen Umfang der jährlichen Gesetzessammlungen — zu Mehrausgaben führt. Heute wird über einen Bundesbeschluß über die Bewilligungspflicht für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland diskutiert. Dieser Be-

schluß wird alles andere als ein Subventions- oder Ausgabengesetz sein. Und doch soll sich niemand einbilden, daß ihn die Kantone handhaben könnten, ohne eine namhafte Zahl neuer Beamter einzustellen.

Bundesrat Bourgnichts Arbeit gilt somit einem recht unkrautreichen Feld. Es ist ihr Erfolg und Unterstützung zu wünschen, wenn sich auch ein wesentlicher Teil unserer Wirtschaft bisher nicht zu den Subventionsjägern gesellt hat. Diese letztern sind vor allem im politischen Bereich zu finden.

Schließlich sei noch ein Punkt erwähnt. Wie steht es mit der Unternehmungslust und Risikofreude des Einzelnen? Es scheint, daß die Zahl derer, die den Drang in sich spüren, sich wirtschaftlich selbständig zu machen, immer noch groß ist. Ob sie gegenüber früher abgenommen hat, ist meines Wissens nie näher untersucht worden. Dies zu tun würde sich aber lohnen. Ein gewisser Hang zur Bequemlichkeit ist aber als Folge der guten Zeiten da und dort festzustellen. Der Drang, auszuwandern, ist geringer geworden. Wäre man an sich bereit, einen Auslandsaufenthalt zu wagen, so kommt mancher junge Mann und manches junge Mädchen dann doch nicht zum Entschluß, weil man zwar schon ins Ausland ginge, aber nur, wenn man sich dort nach Entlohnung und Annehmlichkeiten gleichstellen würde wie in der Heimat. So verpaßt mancher die «hohe Schule», als welche für viele Berufe ein Auslandsaufenthalt anzusprechen ist. Gute Löhne, Arbeitszeitverkürzung und Wohlleben sind nicht geeignet, die Risikofreude und die Bereitschaft, harte Anstrengung und karge Zeiten auf sich zu nehmen, zu stärken, so fördernd diese auch sein könnten.

Letzten Endes wird es darauf ankommen, ob der Wille zu Arbeit und Risiko erhalten bleibt. Die Anstrengung der Einzelnen wird aber nicht viel nützen, wenn der Haushalt der öffentlichen Hand aus Rand und Band geraten sollte. Man muß gerecht sein und zugeben, daß die Verhältnisse oft stärker sind und sich die Steigerung der Ausgaben für die Landesverteidigung nicht vermeiden läßt. Es sind auch Werke in neuerer Zeit geschaffen worden, die man, so kostspielig sie sind, nicht missen möchte, wie etwa die Invalidenversicherung. Aber trotzdem ist es unheimlich, zu sehen, wie die Bundesausgaben mit dem konjunkturbedingt schnellen, fast phantastischen Anstieg der Einnahmen Schritt gehalten haben. Bliebe die Höchstkonzunktur ewig, so möchte dies angehen. Die Phantasie ist aber schwerlich ausreichend, uns darüber Aufschluß zu geben, wie gründlich der Bundeshaushalt aus dem Gleichgewicht geworfen werden könnte, wenn sich auch nur eine länger dauernde Verflachung, geschweige denn eine Krise, einstellen sollte, verbunden mit geringern Einnahmen und krisenbedingten größeren und neuartigen Aufwendungen. Aus diesem Grunde ist es in höchstem Maße zu begrüßen, daß sich der Finanzminister des Bundes nicht damit begnügt, sein Dikasterium von Tag zu Tag zu verwalten, sondern daß er weiter schaut und die Rolle des Mahners übernommen hat.